

## Die Niederlage der englischen Regierung in der Dienstpflichtfrage.

### Die irischen Nationalisten entziehen der Regierung die Unterstützung.

London, 29. April.

"Daily News" schreiben: Die Zurückziehung der Rekrutierungsbill hat das Prestige der Regierung geschädigt. Die Arbeiterpartei wurde durch das Fiasko der Bill vollständig aus der Fassung gebracht, weil dadurch die Beratungen mit der Regierung ins Wasser gefallen sind. Carson und seine Anhänger werden die Regierung vermutlich drängen, den Lloyd-Georgschen Plan anzunehmen.

Die nationalistische Partei beschloß, der Regierung ihre bisherige Unterstützung zu entziehen und wird sich zukünftig Freiheit bewahren und eine eigene unabhängige Politik befolgen.

Das Fiasko des Regierungskompromisses in der Rekrutierungsfrage wird möglicherweise die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung erneuern und dann sind Rücktritte und die Wiedereröffnung der Ministerkrise möglich.

### Die Debatte über die Wehrvorlage.

Rotterdam, 30. April.

Ueber die Sitzung des englischen Unterhauses vom 27. April liegt nunmehr folgender Bericht vor:

Staatssekretär Long legte den von der Regierung ausgearbeiteten Rekrutierungsplan vor. Die Debatte drehte sich hauptsächlich um die Einstellung der Ahtzjährigen und die Verlängerung der Dienstpflicht der Soldaten, namentlich in der Territorialarmee, die sich zum vierjährigen Dienst verpflichtet hatten und deren Dienstzeit abgelaufen ist.

Carson sagte, es sei ausgeschlossen, daß die Bill in einer einzigen Kommissionsberatung erledigt werde, wie Long es wünschte. Er könnte sich gar keine ungerechteren, unlogischeren und unvollständigeren Vorschläge denken als die, welche die Regierung soeben gemacht habe. Die allgemeine Wehrpflicht für alle sei die einzig mögliche Lösung. Die Regierung nehme gegenüber den Bürgerpflichtern eine Stellung ein, die jeden Maßstab verrücke. Ein Mann an der Front, der sich weigere, in den Schützengraben zu gehen, werde erschossen; wenn aber ein Munitionsarbeiter streike, bekomme er fünf Schilling mehr. Die Einstellung der Ahtzjährigen habe Lord Ritchener selbst erst vor kurzem abgelehnt und als unnötig bezeichnet.

Leif Jones (liberal) bekämpfte die Vorschläge der Regierung, weil sie teilweise die Anwendung der allgemeinen Wehrpflicht enthielten. Balfour und Asquith hätten bei der ersten Dienstpflichtbill erklärt, daß sie keine Erweiterung derselben im Auge hätten. Dieser Versuch einer Lösung sei höchst unglücklich und unweise. Er würde im Lande die Empfindung großer Ungerechtigkeit und Ungleichheit hervorrufen.

Walsh (Arbeiterpartei) sagte: Er persönlich würde für die allgemeine Wehrpflicht stimmen, wenn die Maßregel notwendig sei. Wenn man aber die Bergleute nicht dafür gewänne, so wäre jeder Versuch, die Wehrpflicht einzuführen, hoffnungslos. Es würde einen Bürgerkrieg der fürchterlichsten Art geben. Redner erinnerte daran, daß Premierminister Asquith vor einiger Zeit den Arbeiterführern zu verstehen gegeben habe, daß sein erstes Dienstpflichtgesetz kein Vorläufer der allgemeinen Wehrpflicht sein solle und daß, wenn eine solche Maßregel im Parlament eingebracht würde, es unter einem anderen Premierminister geschehen werde. Jetzt scheine Asquith diese Erklärung abzuleugnen zu wollen. Wenn die allgemeine Wehrpflicht kommen müsse, möge sie kommen, aber die heutige Erklärung der Regierung sei die verworrenste, die er je gehört habe. Er werde sein Bestes tun, um die Bill zu Fall zu bringen. Wenn die allgemeine Wehrpflicht notwendig geworden sei, solle die Regierung an die Nation appellieren, sie brauche ihre Antwort nicht zu fürchten.

Duke (Unionist) erklärte, er sei seit Jahren für die allgemeine Wehrpflicht eingetreten, aber jetzt scheine es mit solchen Hoffnungen vorüber zu sein. Rücksicht auf den politischen Anstand und auf die politische Sicherheit verböten Neuwahlen, wenn es sich um den Plan der allgemeinen Wehrpflicht handelte. Aber es sei eine eigene Erscheinung, daß dieser Vorschlag einer Koalitionsregierung den Widerstand aller Parteien herausfordert. Die Bill könne das Gewissen der Nation nicht befriedigen. Sie verkündet den Alliierten nicht, daß England alles tue, was notwendig sei, und sie enthält nicht die eigentliche Politik der Regierung.

Pringle (liberal) sagte, es sei die allgemeine Auffassung, daß die Bill totgeboren sei.

Nachdem Premierminister Asquith, wie gemeldet, erklärt hatte, daß er die Vorschläge der Regierung zurückziehe, sagte Ellie Griffith (liberal), er habe geglaubt, daß die Regierungskrise beendet sei. Das Haus müsse die Versicherung haben, daß sie nun nicht wieder ausbreche. Das Merkwürdigste in der Rede Longs sei gewesen, daß sie nichts über die militärischen Ziffern enthielt, die sie beschaffen solle, worauf doch alles ankomme.

Thomas (Arbeiterpartei) erklärte, Asquith habe Tags vorher eine Anzahl von Arbeiterführern erjucht, eine Rekrutierungskampagne zu eröffnen, und man habe bereits damit begonnen. In welcher Lage befänden sich nun die Arbeiterführer, wenn es jetzt hieße, daß das, was der Premierminister gestern sagte, heute nutzlos sei. Wenn der abgeschlossene Handel rückgängig gemacht würde, könne man nur den Schluß daraus ziehen, daß man den Dienstzwang um seiner selbst willen haben wolle. Es würde daraus eine gewaltige Schwierigkeit entstehen, wenn das Wort des Premierministers, das er gab, als er die Unterstützung der Arbeiterführer erbat, gebrochen würde.

Astor (Unionist) erklärte, die Lage sei in höchstem Maße demütigend.

Dalziel (liberal) betonte, daß kein einziger Redner für die Vorschläge der Regierung eingetreten sei. Dabei sei

die Bill als Säule des neuen Übereinkommens bezeichnet worden, durch das die Koalition verlängert und ein Unheil fürchterlichster Art vermieden werden sollte. Aber nach einer Debatte von einigen Stunden tue die Regierung, was sie so oft getan habe: Sie trete einen glänzenden Rückzug an.

Das Haus erörterte sodann die Zensur über die Nachrichten aus Irland.

Herbert Samuel teilte mit, daß in den großen Bezirken Irlands völlige Ruhe herrsche.

MacNeill erwiderte, die Tatsache, daß Samuel von militärischen Operationen sprach, zeige, daß ernste Gefahren vorhanden sind. Eine militärische Zensur sei bei bloßem Aufbruch nicht nötig, sondern nur bei einem Kriege oder einem Zustand, der dem Kriege nahe käme.

Hodge sagte: Die neuliche Geheimsetzung war, was die Informationen anbetraf, eine reine Farce. Wenn es wieder eine Geheimsetzung gibt, muß man hoffen, daß die Abgeordneten wirkliche Aufklärungen erhalten.